



## Presseinformation

Nr. 54 / 2013

Kiel, Dienstag, 5. Februar 2013

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Fehmarnbelt-Querung

### Christopher Vogt: Die Landesregierung tut gut daran, bei den großen Verkehrsprojekten den Koalitionsvertrag durch das FDP-Wahlprogramm zu ersetzen

Zu den heutigen verkehrspolitischen Beschlüssen der Landesregierung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Landesregierung tut gut daran, bei den großen Verkehrsprojekten den Koalitionsvertrag durch das FDP-Wahlprogramm zu ersetzen. Am gleichen Tag, an dem sich die grüne Landesvorsitzende erneut öffentlich von der Festen Fehmarnbelt-Querung distanziert, setzen die grünen Minister am Kabinetttisch das FDP-Wahlprogramm um. Dieser grüne Spagat ist wirklich bemerkenswert. Wir begrüßen das klare Bekenntnis der Landesregierung zu einer angemessenen Hinterlandanbindung und fordern SPD, Grüne und SSW dazu auf, jetzt endlich dem FDP-Antrag zur Hinterlandanbindung (Drucksache 18/350) zuzustimmen. In unserem Antrag fordern wir die Anmeldung einer erweiterten Fehmarnsund-Querung für den Bundesverkehrswegeplan und eine zweite Bahntrasse im Kreis Ostholstein, damit die Bäderorte ihre Bahnanbindung behalten können, aber gleichzeitig von den Güterzügen verschont bleiben. Wir freuen uns, dass sich der Ministerpräsident und der Verkehrsminister bereits entsprechend unserer Forderung einsetzen, aber jetzt müssen auch die Abgeordneten der Koalition Farbe bekennen.

Die Forderung der Landesregierung nach einem Sonderprogramm des Bundes zum Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals findet ebenfalls unsere Unterstützung. Der Ministerpräsident sollte bei dieser Forderung umgehend seine norddeutschen SPD-Kollegen mit ins Boot holen. Der Nord-Ostsee-Kanal hat eine herausragende Bedeutung für die gesamte norddeutsche Wirtschaft. Es ist dringend notwendig, dass sich die norddeutschen Ministerpräsidenten geschlossen für die elementaren verkehrspolitischen Projekte in Berlin einsetzen, damit diese auch wirklich umgesetzt werden.“